essiert an der kapitalistischen Gesellschaft, in der sie Posten und Stellungen haben.

Die Arbeiter aber sind an dieser Gesellschaft nicht interessiert. Das Proletariat hat alle die Lasten dieser Gesellschaft zu tragen. Es hat alle Ursache die Lasten abzuschütteln. Um den Kampf gegen die Gesellschaft erfolgreich zu führen, muß sich die Arbeiterschaft zum gemeinsamen Kampf zusammen finden.

Zur Wiederkehr des Kriegsbeginnes ist eine solche Situation, wo die Arbeiterschaft ihren Einheitswillen, zu kämpfen gegen den imperialistischen Krieg bekunden muß. Die Arzt und Ebel haben eine solche gemeinsame Kundgebung, dadurch, daß sie auf einen Vorschlag der KPD. nicht geantwortet, abgelehnt. Nun muß die deutsche Arbeiterschaft unterscheiden. Kann das deutsche Proletariat mit denen gegen den Krieg demonstrieren, die 1914 bis 1918 das Proletariat in den Krieg getrieben? Die Haltung der französischen Sozialisten gibt ein Beispiel davon, wie diese wieder die Arbeiter verraten werden. Schon oft haben wir die Arbeiter auf die Kriegsgefahren aufmerksam gemacht.

Jetzt bläst in der „Deutschen Zeitung" Landrat v. Hertzberg Kriegsfanfaren. In einem „Ruf an die deutschen Frauen" schreibt der Nationalist: „Es ist tief traurig zu wissen, daß in allernächster Umgebung des Reichskanzlers Leute sind, die schon während des Krieges einer Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht das Wort redeten." Dann wendet sich der Landrat dagegen, daß Deutschland in den Völkerbund eintrete, um die Armee für die Entente zu stellen. Gleichzeitig fordert er am Schluß seines Artikels:

„Deutsche Frauen! Sorgt dafür, daß wir unser Blut nur für Deutschland zu geben brauchen!"

Also nicht den Krieg für die ausländischen Imperialisten, aber für die deutschen Imperialisten. Das ist die Arbeit der Nationalisten. Die Prominenten der SPD., der zweiten Internationale, bereiten den Krieg gegen Rußland vor. Kautsky, der zur Niederschlagung des Proletariats in Deutschland die Stichworte lieferte, hilft auch jetzt der Bourgeoisie den Krieg gegen Rußland vorbereiten.

Das muß selbst Paul Levi zugeben. In einem Artikel schreibt er im „Sächsischen Volksblatt":

„In jenem möglicherweise und möglicherweise bald kommenden Kriege wird den dann regierenden deutschen Herren eine wesentliche Hilfe sein eine Broschüre, die in diesen Tagen Karl Kautsky erscheinen ließ. Wir zitieren nur ein paar Sätze:

„Dieses (bolschewistische) Regime ist heute nicht mehr bloß ein Feind aller nicht bolschewistischen Parteien, es ist zum gefährlichsten Feind des Proletariats überhaupt geworden." (S. 11.)

„Wie jeder andere Militärdespotismus, wie die Militärmonarchien der Romanoffs, der Habsburger, der Hohenzollern, dürfte auch er (der Bolschewismus) nur durch Gewalt zu überwinden sein." (S. 17)

„Anleihen (an Rußland) sollten nicht verweigert, aber nur unter Bedingungen gewährt werden, die eine Milderung des furchtbaren Druckes bedeuten, der auf dem russischen Volke lastet. Jede derartige Bedingung kann gerechtfertigt werden mit dem Interesse der Verleiher selbst." (S. 35.)

Wen gelüstet nach mehr? Der Kampf, den England und Rußland um asiatische Interessen führen, heute mit diplomatischen Mitteln, morgen vielleicht mit schärferen Waffen, den Kampf wird England beileibe nicht führen unter der Devise: „für den Hongkong- und Schanghai-Bankverein" und auch nicht mit der Devise: „für die weitere Knechtung der asiatischen Völker". Man braucht für solche Unternehmungen gefälligere Firmenschilder. „Kampf gegen den Bolschewismus", „Für die westliche Zivilisation", „Für Demokratie gegen Despotismus" werden die von England gewählten sein: ein Blick täglich in die englische Presse lehrt es. Und wenn es dann geschehen sollte, durch Stresemanns oder eines anderen Gnaden, daß die deutschen Hilfstruppen für England die Schlachten schlagen? Dann hat der deutsche Arbeiter, der dann marschieren soll, es von Karl Kautsky verbrieft, daß es gegen den „gefährlichsten Feind des Proletariats" geht, nicht die eigene Bourgeoisie, sondern fremde „Bedränger". Dann kann man alle Leitartikel von 1914 hervorholen und nur das Wörtchen Zarismus streichen und Bolschewismus an seine Stelle setzen. Dann kann man wieder reden, wie in der „Neuen Zeit" von 1914 von den „kräftig getragenen Fäusten" und anderem Schönen. Dann kann im Namen der Befreiung der Menschheit von der Gewalt gemordet werden: die Internationale auf den Lippen — versteht sich."

Ziehen die „Linken" daraus die Konsequenzen, nein, sie bleiben bei Wels und Kautsky.

Die Arbeiter aber müssen gegen jeden imperialistischen Krieg kämpfen, für den Sieg des internationalen Proletariats über die Räuber.

Rüstet zur Demonstration am 26. Juli und am 2. August, Massenaufmarsch unter den roten Fahnen mit oder ohne die linken Führer, das ist die Antwort der Arbeiter.

Die „Rechten" organisieren

In der „Volksstimme" veröffentlicht der Bezirksvorstand Chemnitz der SPD. am Sonnabend einen Appell an die Ortsgruppenvorstände, weil die „Rechten", die sich in den Besitz des Adressenmaterials des Bezirksvorstandes gesetzt hatten, Rundschreiben an die Ortsgruppen herausgaben. Wie die „Volksstimme" weiter mitteilt, hat der Bezirksvorstand einstimmig den Beschluß gefaßt, die Herausgabe solcher Schreiben zu verurteilen. Eine merkwürdige „Einstimmigkeit", wenn man beachtet, daß das Adressenmaterial sich im Besitz des Bezirksvorstandes befand. Kein Wunder, wenn als Resultat des Beschlusses — ein zweites Rundschreiben erschien. Die „Rechten" können mit Recht über die „einstimmigen" Beschlüsse des Bezirksvorstandes lachen und derweilen ihren Einfluß organisatorisch festigen.

Der Kampf der Linken um die Futterkrippe

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

„Es ist kein Zweifel, daß die Mehrheit des Berliner Parteivorstandes auf der Seite des rechten Flügels steht, und daß dieser auch nach wie vor die Mehrheit der Gesamtheit hinter sich weiß. Aber bei der Rücksichtslosigkeit, mit der der Kampf von den Radikalen geführt wird, muß der Parteivorstand eine neue von Sachsen ausgehende Spaltung der glücklich zusammengeleimten Partei befürchten. Zwar hält er die Teilnahme an der großen Koalition für sachlich notwendig, aber wie er mit zynischer Offenheit erklärte, hinter dem Parteiinteresse müßten alle anderen Gesichtspunkte zurückstehen ... er erklärte es als Pflicht, die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Damit war der kochenden Volksseele Genüge geschehen .... aber die Fraktionsmehrheit, die weiß, wo das Herz des Parteivorstandes schlägt, wird auch gewußt haben, weshalb sie es wagen konnte, sich dem Begehren um Auflösung zu widersetzen. ... Der Parteivorstand hat das Gesicht gewahrt, die Parteispaltung ist vermieden (wäre nie gekommen! Die Red.), und nun kann der Parteitag das entscheidende Wort sprechen. Die Radikalinskis werden in Heidelberg wohl genau so zurückweichen, wie sie es in Berlin getan haben, um dann, freilich der sichtlichen Tatsache zum Trotz, um die Futterkrippe von neuem zu beginnen."

Kommentar überflüssig!

Arbeiter, heraus aus diesem Sumpf!

Die Zentrumsjesuiten für das Zollkompromiß

Berlin, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" hat Reichskanzler Luther die Regierungsparteien aufgefordert, bis Dienstag abend eine Uebereinstimmung in der Zollfrage herzustellen. Es sei jedoch sehr unwahrscheinlich, daß dieser Wunsch erfüllt werde, da das Zentrum sich gegen die Mindestzölle ausgesprochen haben soll. Die schlauen Zentrumsjesuiten merken, welcher Sturm der Empörung bei einer unveränderten Annahme der Regierungsvorlage losbrechen würde. Darum soll den Arbeitern eingeredet werden, daß gleitende Zölle eine Erleichterung bedeuteten; auf dieser Grundlage ist das Zentrum zu einem Kompromiß bereit, nachdem die sogenannte Opposition um Wirth und die Gewerkschaftsführer ihren Umfall auf dieser Basis bereits angekündigt hat.

Der Parteitag der KPD. an die kämpfenden Bauarbeiter

Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichsparteitag der KPD. nahm folgenden Aufruf an die kämpfenden Bauarbeiter an:

An die kämpfenden Bauarbeiter Deutschlands.

Der 10. Parteitag der KPD. spricht den mehr als 100 000 Bauarbeitern, die zurzeit in den verschiedensten Bezirken Deutschlands im schwersten Kampfe gegen ein übermütiges Unternehmertum stehen, seine innigste Solidarität aus. Der Kampf, den die Bauarbeiter zu führen gezwungen sind, ist ein Kampf für die Arbeiterklasse, ist ein Kampf gegen den Dawesplan, dessen praktische Durchführung für die Arbeiterklasse Hungerlöhne und Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet. Der Kommunistische Parteitag ist sich bewußt, daß das Bestreben der Kapitalisten an dem entschlossenen Widerstand der kampfbereiten Bauarbeiterschaft scheitern wird. Er weiß aber auch, daß der Kampf nur dann siegreich sein kann und wird, wenn er mit den Methoden der rücksichtslosesten, revolutionären Methoden des Klassenkampfes und unter Zusammenfassung aller Bauarbeiter unter Herstellung der Gewerkschaftseinheit geführt wird. Indem die Kommunistische Partei alle Bauarbeiter auffordert, in diesem Kampfe die restlose Gewerkschaftseinheit herzustellen, gelobt sie, die kämpfenden Bauarbeiter mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Es lebe die geschlossene Kampffront der Bauarbeiter!

Es lebe der Sieg des kämpfenden Proletariats!

120 000 Bauarbeiter im Kampfe

Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die Zahl der zurzeit im Kampfe stehenden Bauarbeiter Deutschlands beträgt mehr als 120 000. Nach Sachsen haben gestern auch die Provinz Sachsen und Anhalt die Aussperrung vorgenommen.

Die Dresdner Metallarbeiter im Kampf

Nachdem gestern die Dresdner Metallarbeiter in verschiedenen Großbetrieben zum Streik Stellung genommen haben, erfahren wir heute, daß die Betriebe von Hartmannwerk, Friedrich-August-Hütte gestern früh die Arbeit niedergelegt haben, ebenso die Belegschaft der Firma Lasch u. Co., Universelle, Zwickauer Straße, und der Betrieb Sachsenwerk Niedersedlitz, in dem ca. 3000 Arbeiter beschäftigt sind. Nachdem bei der Firma Seidel u. Naumann gestern zunächst einige Abteilungen den Betrieb verlassen hatten, **forderte die Firma durch Anschlag die Arbeiter auf, heute morgen die Arbeit restlos wieder aufzunehmen, andernfalls die gesamte Belegschaft ausgesperrt würde.** Die Arbeiter verharrten jedoch im Streik, und so ist **heute morgen die Gesamtbelegschaft aufs Straßenpflaster geworfen worden.** Auch in einigen Abteilungen des Hille-Konzerns haben gestern die Arbeiter nach Verständigung mit ihrer Organisation die Arbeit eingestellt und den Betrieb verlassen. Die Arbeiter der Firma Universelle verließen geschlossen den Betrieb, sammelten sich auf der Straße und zogen unter der roten Fahne nach dem Versammlungslokal. Damit ist der Kampf in der Dresdner Metallindustrie eröffnet. Die Unternehmer antworten, wie das bei Seidel und Naumann der Fall ist, mit Aussperrung. Die Dresdner Metallarbeiter werden den ihnen aufgezwungenen Kampf um höheren Lohn mit aller Entschlossenheit durchführen. Die übrigen Metallbetriebe müssen sofort zu diesem Kampfe Stellung nehmen. Der Vorstoß und freche Angriff der Unternehmer muß an der geschlossenen Front der Dresdner Metallarbeiter zerschellen.

Streik in der brandenburgischen Metallindustrie

Berlin, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach gescheiterten Verhandlungen ist heute morgen in der brandenburgischen Metallindustrie, die nahezu 20 000 Arbeiter beschäftigt, ein Lohnstreik ausgebrochen. Die Brennabor-Werke haben mittags ihren gesamten Betrieb geschlossen.

Textilarbeiterstreik in Schlesien

Breslau, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Görlitzer Textilarbeiterstreik haben die Unternehmer beschlossen, die gesamten Belegschaften in Görlitz und Seidenberg auszusperren. Mit einer weiteren Ausdehnung des Kampfes ist zu rechnen.

Für die Vollamnestie

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Am Sonnabend und Sonntag nahm die Rote Hilfe eine Hausagitation für Unterschriftensammlung der Generalamnestie vor. An einem Tage wurden über 60 000 Unterschriften gesammelt.** Ein einziger Verwaltungsbezirk, Friedrichshain, erreichte die Sammlung von 20 000 Unterschriften. Außerdem wurden bei der Agitation **2500 Mk. zur Unterstützung der politischen Gefangenen gesammelt.** Berlin hat damit bereits über **100 000 Unterschriften** für die Generalamnestie gesammelt.

Genosse Kluge im Hungerstreik

Altenburg, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der seit 1924 in Untersuchungshaft festgehaltene Genosse Albert Kluge ist am 5. Juli gegen diese unerhörte Verschleppung des Prozesses in den Hungerstreik getreten. Der Genosse ist infolge der langen Haft krank geworden.

Folterqualen für Max Hölz

Breslau, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Bekanntlich wurde am 26. Juni, vormittags gegen 10 Uhr, Genosse Hölz im Kletschkauer Gefängnis in die Tobsuchtszelle gesperrt. 11 Tage saß Max Hölz in dieser sogenannten Tobsuchtszelle. Als er sie verließ, erschraken diejenigen, die ihm zufällig auf dem Flur begegneten; mitgenommen und abgemagert sah er aus. Man hatte ihm, der einen starken Bartwuchs besitzt, das Rasieren abgelehnt, die saubere Wäsche entzogen, überhaupt alle Gefängnisbrutalitäten angewandt, um ihn klein zu kriegen. Am Dienstag wurde Max Hölz aus der Tobsuchtszelle heraus in die Arrestzelle geschleppt, da ihm 14 Tage Arrest zudiktiert worden waren. Trotzdem ist der Genosse Hölz nicht gebrochen. Obwohl er nunmehr seit Wochen keinen Spaziergang hat und in der Tiefe der Tobsuchtszelle von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen ist, führt er seinen Obstruktionskampf weiter.

Freigewerkschaftliche Lehrer für die Vollamnestie

Einem Bericht der „Volkswacht", unseres Schwesterorgans in Pommern, entnehmen wir:

„Die letzte Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer, Ortsgruppe Groß-Stettin, nahm einstimmig eine Entschließung an, die für alle politischen Gefangenen die Vollamnestie fordert. Ferner wurde ebenso einstimmig eine Entschließung angenommen, die aufs schärfste **gegen den Terror der bulgarischen Jankoff-Regierung** und ihre Hinmordung von freigewerkschaftlich organisierten Lehrern protestierte.

Nach einem Vortrage des Kollegen Marohl über die Entwicklung der Internationale der Bildungsarbeiter entschied sich die Versammlung für die gewerkschaftliche Einheitsinternationale, wie sie in der Internationale der Bildungsarbeiter bereits verkörpert und im englisch-russischen Einheitskomitee angebahnt ist. Die Versammlung **lehnt die Neugründung einer Beamten- und Lehrer-Internationale Amsterdamer Richtung als Spaltungsorganisation ab** und verlangt von dem Geschäftsführenden Ausschuß der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer den **Anschluß an die Internationale der Bildungsarbeiter, die alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Lehrer- und Bildungsarbeiter sowohl der zweiten als auch der dritten Internationale vereinigt.**"

Amerika als „gerechter Gläubiger" oder der viermal geschorene Hammel!

Der Bruder von General Dawes sagte vor einer Bankversammlung in Minnesota, **„Amerika müsse seinen Verpflichtungen als Gläubiger gegenüber den anderen Ländern der Welt gerecht werden."**

Was versteht dieser geriebene Bursche unter dieser „Gerechtigkeit" und diesen „Gläubiger-Verpflichtungen"? Er meint, Amerika könne alljährlich 625 Millionen Dollars an die anderen Länder ausleihen, vorausgesetzt, daß die gleiche Summe als Rate der Kriegsschulden bei Amerika eingehe. Europa werde seine Schulden teils durch Sachlieferungen tilgen, aber auch die neuen Kredite werden vorwiegend durch Warenausfuhr erfolgen. Es liege im Interesse Amerikas, die Kaufkraft seiner Kunden, die auch seine Schuldner seien, zu erhalten.

Eine solche „Gerechtigkeit" heißt auf „europäisch": eine scheußlichste Ausbeutung des Schuldners durch den raffiniertesten Wucher.

Dabei kann und wird Amerika den europäischen Hammel nicht nur einmal, sondern gleichviermal scheren, und zwar:

a) durch die eigentlichen Kriegsanleihen, die es mit Zins- und Zinseszins hereintreibt, nachdem es schon ungeheure Kriegsgewinne realisiert hatte während des Weltkrieges;

b) durch die Wucherzinsen auf den neuen Darlehen (zum Beispiel deutsche Dawesanleihe!);

c) durch Diktieren **niedriger** Preise für die „Sachlieferungen", die es den europäischen Schuldnern abnimmt;

d) durch Diktieren **hoher** Preise für die Waren, die es den Europäern auf Kredit liefert.

Dieses Ziel will Herr Dawes als Prokurist des imperialistischen Finanzkapitals erreichen durch ein System von Dawesplänen für alle Schuldnerstaaten. Nach Deutschland sind zunächst Frankreich und Belgien an der Reihe.

So zynisch hat der amerikanische Imperialismus seine Frage kaum je enthüllt. Daß er genau verfahren wird wie oben angegeben, darf nach seinem Vorgehen Deutschland gegenüber nicht bezweifelt werden. Was daraus für die Kulis der europäischen Länder sich ergibt, zeigt die unerhört grausame Erfahrung schon am Ende des ersten deutschen Dawesjahres.

Der englisch-russische Konflikt

London, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern fand eine Unterredung zwischen dem englischen Außenminister Chamberlein und dem Sowjetgesandten Rostowski statt, über die bisher noch keine genauen Mitteilungen vorliegen. Die englische Presse hetzt weiter gegen Sowjetrußland und betont, es tue gut daran, sich zu freuen, daß die englische Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch nicht vollzogen habe. Chamberlein hat Rostowski mit aller Deutlichkeit erklärt, bei Fortsetzung der antienglischen Propaganda in Asien sei es unmöglich, auch nur erträgliche Beziehungen mit Rußland aufrechtzuerhalten.

Die englischen Gewerkschaften warnen vor dem Bruch mit Sowjetrußland

Der Vorsitzende des Generalrats des englischen Gewerkschaftskongresses, Swales, hat an den Premierminister Baldwin ein Schreiben gerichtet, in dem er der Beunruhigung der englischen Arbeiterschaft über die von der Presse und verantwortlichen Ministern getriebenen Rußlandhetze Ausdruck gab. Swales erinnert an die mehrfachen Schritte des Generalrats, die britische Regierung möge im Interesse der Verminderung der Arbeitslosigkeit die Verhandlungen über die vollständige Anerkennung Sowjetrußlands sofort eröffnen und die Handelsbeziehungen durch Anwendung des Industrie-Erleichterungs- und des Ueberseehandels-Aktes auf den Handel mit Sowjetrußland unterstützen.

In der Presse würden in der letzten Zeit Behauptungen von verantwortlichen Ministern gemacht, welche nach Ansicht des Generalrats einen Bruch in den Beziehungen der beiden Länder herbeiführen können. Die Antworten, welche vom Außenminister auf die Fragen im Parlament gestern erteilt wurden, trugen nichts dazu bei, den Verdacht zu zerstreuen, daß Verhandlungen im Gange sind, um eine Krise zwischen England und Rußland im Zusammenhang mit den Ereignissen in China zu schaffen. Die Weigerung seitens des Außenministers, das ehrliche Anerbieten von Tschitscherin anzunehmen, nämlich irgendeine Frage zu diskutieren, welche zwischen den beiden Ländern fällig sein könnte, ruft in der Gewerkschaftsbewegung große Beunruhigung hervor.

Die Regierung wird schließlich ersucht, zu der Konferenz des Generalrats am 16. Juli Antwort über die Beziehungen zu Sowjetrußland zu erteilen.

Vor einem Riesenkampf der englischen Bergarbeiter

London, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Sekretär der Bergarbeiterföderation, Cook, sagte in einer Rede in Sunderland: Die Bergleute wünschen den Frieden, aber wenn es zum Kampf kommt, wird es ein internationaler Kampf werden. Ich warne die Arbeitgeber und die Regierung, es zu einem Konflikt kommen zu lassen, denn dieser würde von einem Ausmaße sein, wie ihn England noch nicht erlebt hat. Laßt uns aber, so schloß der Redner, beweisen, daß wir mit reinen Händen kämpfen, wenn es zum Kampfe kommt. Wir wollen keine Gruben zerstören, sie werden uns vielleicht bald selbst gehören.